

(Vizepräsident Dr. Riemer)

- (A) Sie haben noch Redezeit. Also, bei mir liegt keine Wortmeldung vor.

(Zuruf des Abg. Dr. Pohl (CDU))

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung dieses Antrags an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz - federführend -, an den Ausschuß für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie sowie an den Verkehrsausschuß. Außerdem wurde mir mitgeteilt, daß sich der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung damit beschäftigen soll. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Es ist so beschlossen.

Ich rufe Punkt 5 unserer Tagesordnung auf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes und zur Änderung des Landesforstgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD
Drucksache 10/1465
erste Lesung

Der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD wird durch Herrn Abg. Gorlas einggebracht; ich erteile ihm das Wort.

- (B) Gorlas (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem "Landwirtschaftlichen Wochenblatt Westfalen-Lippe", genauer gesagt, in der Ausgabe 25 aus 1986, das laut Impressum "Presseorgan des westfälisch-lippischen Landwirtschaftsverbandes, der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe und des westfälischen Genossenschaftsverbandes" ist, lautet die Überschrift über einen ungefähr anderthalbseitigen Artikel: "Verschwindet die Kulturlandschaft im Kreis Olpe?" - Zwei Zentimeter große Buchstaben!

Dieser Artikel gibt die Eindrücke einer Besichtigungsfahrt durch den Kreis Olpe wieder, bei der sich die Reisegruppe unter Leitung des Präsidenten der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, des Herrn Wilhelm Engelbertz, über die Veränderung der Landschaft durch den massenweisen Anbau von Weihnachtsbäumen informierte. Man kann die Frage, die in der Überschrift gestellt wurde, auch auf den Hochsauerlandkreis, den Kreis Siegen-Wittgenstein, den Oberbergischen Kreis und garantiert auch noch auf den Märkischen Kreis ausdehnen und müßte dann fragen: Verschwindet die Kulturlandschaft in unseren Mittelgebirgsregionen?

(C) In unseren Mittelgebirgsregionen, insbesondere im Hochsauerland, gibt es einen ökologisch besonders wertvollen Naturhaushalt. Zu nennen sind hier die typischen Wald- und Wiesenlandschaften, Quellen und Quellmoore, Feucht- und Naßwiesen, aber auch die Zwergstrauch- und Wacholderheiden. Seit etwa drei Jahren stellen wir immer häufiger eine zunehmende Bedrohung der Natur dort durch Monokulturen fest. Der großflächige Anbau von Blaufichten führt inzwischen zu erheblichen Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und auch des Naturhaushaltes.

Erstaufforstungen, meine Damen und Herren, sind nach dem Bundeswaldgesetz genehmigungspflichtig. Auch die Anlage von Weihnachtsbaumkulturen bedarf der Genehmigung. Findige Geschäftsleute haben da schnell einen Weg entdeckt, die erforderliche Genehmigung durch die Landesforstbehörde zu unterlaufen.

(Dautzenberg (CDU): Demnächst brauchen wir noch für den Weihnachtsmann eine Genehmigung!)

- Sie können ja gleich reden!

Sie besorgen sich einfach einen Gewerbeschein für eine Baumschule, taufen ihre Weihnachtsbaumkultur in "Baumschule" um; denn für Baumschulen - wie groß auch immer sie sein mögen - gibt es bisher keine Genehmigungspflicht.

(D) Nun muß es wirklich handfeste Gründe für eine solche Entwicklung geben, und die Liebe zum Weihnachtsbaum ist wohl kaum ausreichend, eine bedrohliche Veränderung der Landschaft zu erklären.

In dem vorhin zitierten Wochenblatt des Bauernverbandes heißt es dazu - ich zitiere -: "Weil Weihnachtsbäume ähnlich hohe Deckungsbeiträge bringen können wie anderswo Zuckerrüben, sind gewiefte Baumprofis längst dabei, überall so viel Land wie möglich zuzupachten und dort, als Baumschulen getarnt, Weihnachtsbaumkulturen anzulegen."

Es sind in der Regel überhaupt nicht die einheimischen Landwirte, sondern kapitalkräftige Investoren, die das dicke Geschäft dort machen. Es geht auch nicht etwa um kleine Flächen, um ein paar Weihnachtsbäume am Waldrand; die stellen in der Tat kein Problem dar. Es geht um den großflächigen Anbau von Blaufichten auf 10 Hektar, auf 20 Hektar und zum Teil auch mehr. Ganze Wiesentäler werden verpflanzet, ganze Berghänge mit Weihnachtsbäumen zugepflanzt. Auen sind verschwunden, bis an die Häuser der Dörfer, bis an den Straßenrand wurden Weihnachtsbäume gepflanzt.

(Gorlas (SPD))

- (A) Welche Gewinne in diesem Geschäft stecken, wird deutlich, wenn man sich einmal die Pachtpreise, die dafür gezahlt werden, anschaut. Der normale Pachtpreis für eine Weide, die ein Landwirt von einem anderen pachtet, liegt etwa bei 300 DM pro Hektar und Jahr. Die Weihnachtsbaumunternehmer zahlen 800 DM, 1 000 DM, ja bis zu 1 200 DM pro Hektar und Jahr. Mir ist berichtet worden, daß diese Pacht zum Teil auf zehn Jahre im voraus bezahlt worden sei. Es ist klar, daß ein Landwirt, der noch eine Wiese anpachten muß, noch eine Fläche benötigt, hier finanziell überhaupt nicht mithalten kann.

Nun ist gegen das Gewinnmachen überhaupt nichts zu sagen. Ganz im Gegenteil, das belebt ja durchaus das Geschäft. Die Frage ist nur, zu wessen Lasten werden hier diese Gewinne gemacht? Dieses betriebswirtschaftlich sicher interessante Geschäft ist ökologisch und auch volkswirtschaftlich höchst bedenklich. Die Entwicklung der letzten drei Jahre zeigt, daß die Möglichkeit dieses Geschäftes zu einer fast hektischen Zunahme an Weihnachtsbaumkulturen alias Baumschulen geführt hat. Diese großflächige Verfrachtung führt dazu, daß die Vielfalt, die Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft im Hochsauerland Schaden nimmt. Dieses wird auch mit Sicherheit zu einer Beeinträchtigung eines anderen wichtigen Gewerbezweiges dort, nämlich des Fremdenverkehrs, à la longue führen. Die Anlage der Kulturen führt zu einer ökologischen Verarmung von Tier- und Pflanzenwelt in den betroffenen Regionen. Die heute schon durchgeführte intensive Behandlung mit Pestiziden sorgt dafür, daß es auf diesen Flächen außer Blaufichten überhaupt kein Leben mehr gibt.

Die Forstbeamten, mit denen wir gesprochen haben, befürchten, daß diese Böden nach zwei Weihnachtsbaumgenerationen, in etwa 20 Jahren, für die landwirtschaftliche Nutzung nicht mehr brauchbar sind.

In Hanglagen - und wo gibt es im Sauerland keine Hanglagen? - führt das Ausgraben der Bäume, ihr Verkauf als Ballenware, zu einem Abtragen der ohnehin geringen Bodenschicht; Erosionen können die Folge hiervon sein.

Die SPD-Fraktion meint, daß man die sich hier abzeichnende Entwicklung nicht sich selbst überlassen darf, daß vielmehr der Staat regelnd eingreifen muß.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Wenn schon die Umwandlung von Wald - ganz unabhängig von der Größe - und die Beseitigung von Hecken ein Eingriff in Natur und

Landschaft nach dem Landschaftsgesetz darstellt, dann muß es der massenweise Anbau von Weihnachtsbäumen doch erst recht sein!

Der großflächige Weihnachtsbaumanbau ohne Rücksicht auf Natur und Landschaft hat neben dem ökologischen aber auch einen ökonomischen Haken. Ich will gern noch einmal aus dem Blatt den Bauernverbandes zitieren; darin heißt es:

Auch etliche Bauern haben Weihnachtsbäume im Anbauplan und verdienen zur Zeit nicht schlecht daran. Aber - so formulierte es ein Beiratsmitglied - wenn das mit den Bäumen so weitergeht, dann müssen wir bald zweimal im Jahr Weihnachten feiern, um all die Fichten und Tannen absetzen zu können.

Und er fährt fort:

Und bei Überschußproblemen bleiben zuerst die Bauern auf der Strecke. Die großgewerblichen Pächter und Vermarkter überleben auch die Zeiten schlechter Preise und können hinterher, wenn die Landwirte längst ausgeschieden oder pleite sind, ihre Preisforderungen ungeniert hochschrauben. Klare Schlußfolgerung: Die Kulturlandschaft im Kreis Olpe und in den angrenzenden Kreisen ist gefährdet.

Die Folgen dieser Weihnachtsbaum-Epidemie gehen zu Lasten der Landschaft und der kleinen Bauern. Da wir beides nicht wollen, sieht der vorliegende Gesetzentwurf vor, die Anlage von Baumschulen als Eingriff in die Landschaft nach § 4 des Landschaftsgesetzes genehmigungspflichtig zu machen.

Da nun aber Baumschule und Weihnachtsbaumkultur zwei Bezeichnungen für den gleichen Sachverhalt sind, den wir für regelungsbedürftig halten, soll auch die Genehmigung der Anlage von Weihnachtsbaumkulturen - außerhalb von Waldflächen allerdings -, deren Genehmigung bisher im Forstgesetz geregelt war, in das Landschaftsgesetz aufgenommen werden.

Ich habe mit Interesse gelesen, nachdem man aus der CDU vor ein, zwei Monaten noch das Gegenteil gehört hat, die CDU lehne dieses ab. Ich verstehe das, muß ich sagen, als ein Kompliment an die Landesregierung, wenn Sie die Zuständigkeit für diese Frage der Weihnachtsbaumkulturen unbedingt bei den staatlichen Forstbehörden belassen und nicht auf die kommunalen Behörden des von Ihnen ja beherrschten Hochsauerlandkreises oder etwa des Kreises Olpe übertragen wollen.

(Zuruf des Abg. Neuhaus (CDU))

(C)

(D)

(Gorlas (SPD))

- (A) Aber trotz dieser Anerkennung der staatlichen Behörden und dieses Forstministers muß ich Ihnen sagen: Es macht in der Sache keinen Sinn. Entweder - -

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage zuzulassen?

(Gorlas (SPD): Aber gern!)

- Bitte sehr, Herr Dorn!

Dorn (F.D.P.): Herr Kollege, darf ich Ihre Bemerkung über die gesetzlichen Regelungen so verstehen, daß Sie in Zukunft in diesem Lande gesetzliche Regelungen für die Bereiche schaffen wollen, in denen die CDU die Mehrheit hat, und gesetzliche Regelungen für die Bereiche, in denen die Sozialdemokraten die Mehrheit haben?

(Lachen bei der SPD - Frau Friebe (SPD): Was ist denn das für eine Frage! - Weitere Zurufe von der SPD - Gegenrufe - Unruhe)

Gorlas (SPD): Ich will Ihre Frage, Herr Dorn, nicht so verstehen, als wollten Sie jetzt wissen, wo denn die Gesetze für die F.D.P. sein müßten.

(Erneut Heiterkeit bei der SPD - Dorn (F.D.P.): Wir kommen ohne solche Gesetze aus! - Zurufe von der CDU - Gegenrufe)

- (B) Ich habe vielmehr die Kritik der CDU, die ich aus der Zeitung erfahren habe, daß die Zuständigkeit für die Weihnachtsbaumkulturen im Landesforstgesetz - also bei den staatlichen Behörden - verbleiben und nicht auf die Landschaftsbehörden - kommunale Behörden, Kreisbehörden - übertragen werden soll, hier kommentiert. Ich meine: Entweder ist das, was sich dort im Sauerland großflächig vollzieht und was wir vorher - bis vor wenigen Jahren - nicht kannten, nun wirklich ein Eingriff in Natur und Landschaft, gleichgültig, wie der Verursacher es bezeichnet; dann ist es im Landschaftsgesetz zu regeln, und dann ist es auch naheliegend, daß die untere Landschaftsbehörde zuständige Behörde ist, denn wer sollte es sonst sein? Oder aber Sie von der CDU halten die ganze Entwicklung für problemlos; dann, meine ich, sollten Sie das hier deutlich sagen. Gleich haben Sie ja Gelegenheit dazu.

Wir haben an dieser Stelle in der Vergangenheit gemeinsam darüber geklagt, daß wir viel zu sehr Umweltreparaturen durchführen mußten, und betont, daß vor allem vorbeugender Umweltschutz erforderlich sei. Mit

Interesse habe ich vernommen, was Herr Kollege Dr. Linssen heute morgen zu dem Gewicht von ökologischen Forderungen gegenüber der chemischen Industrie gesagt hat. Ich meine, hier bietet sich auch Ihnen die Möglichkeit, frühzeitig eine Entwicklung zu stoppen, die eigentlich niemand von uns wollen kann.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf des Abg. Dr. Linssen (CDU))

- Nein, nein! - Dieses von uns vorgeschlagene Instrument der Genehmigung im Landschaftsgesetz ist auch flexibel. Es ermöglicht den Landwirten dort, wo Naturhaushalt und Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werden, weiterhin den Anbau von Weihnachtsbäumen, bietet aber die Möglichkeit, den großflächigen Anbau von Weihnachtsbäumen - und darauf kommt es uns an! -, wenn er zu einer Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führt, mit dieser Gesetzesänderung zu verhindern. So gesehen, dient diese Lösung nicht nur dem Landschaftsschutz, sondern auch denjenigen Landwirten, die durch Weihnachtsbaumanbau ihr Einkommen ergänzen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile jetzt Herrn Abg. Knipschild von der Fraktion der CDU das Wort.

Knipschild (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ablauf der Tagesordnung unserer heutigen Plenarsitzung bewirkt, daß wir nach der mehr als zweistündigen, meiner Meinung nach sehr guten Debatte über den CDU-Antrag "Verbesserung der Entwicklungschancen ländlicher Regionen in Nordrhein-Westfalen" nun ein kleines Segment solcher ländlicher Strukturprobleme miteinander diskutieren.

Der Gesetzentwurf der SPD-Fraktion überschneidet sich mit den Punkten 5 und 6 unseres vorhin diskutierten Antrags. Für die CDU-Fraktion möchte ich gleich zu Anfang feststellen, daß wir einen gewissen Regelungsbedarf, Herr Kollege Gorlas, sehr wohl anerkennen und diesen Regelungsbedarf auch unsererseits mit unterstützen und befürworten.

Wir bestreiten aber ganz nachhaltig, daß die von der SPD eingebrachten Änderungen des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes eine angemessene und vernünftige Lösung dieses Problems darstellen.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

(D)

(Knipschild (CDU))

- (A) Seit der Vorstellung dieses Artikelgesetzes vor etwa drei Wochen in einer Pressekonferenz durch Sie, Herr Gorlas, übertreffen sich die Regional- und die Fachpresse in drastischen Formulierungen. Ich erlaube mir, hier einige solcher Überschriften zu zitieren: "Weihnachtsbaum-Paragrafenschwungel", "Landwirtschaft im Hochsauerland wehrt sich gegen Düsseldorfer Pläne", "Die Christbäume biegen sich - Paragraphensturm zieht auf", "Ausdruck von Reglementierungssucht und unzureichender Kenntnis", "Frieden im Sauerland gestört", "Beim Waldschrat: Vernunft und Maß sind gefragt". Nach Ihrer Einbringungsrede, Herr Kollege Gorlas, möchte ich noch eine persönliche Formulierung hinzufügen - das könnte dann morgen eine Überschrift für unsere Regionalpresse sein -: "Horrorgemälde: Weihnachtsbäume im Sauerland".

Nun müssen Presseberichte und Kommentare nicht unbedingt die Meßlatte für politische Entscheidungen sein.

Vizepräsident Dr. Riemer: Herr Kollege, ich habe eben gehört, daß unter Umständen der Antrag gestellt wird, hier einen Weihnachtsbaumbeauftragten zu ernennen. Das halte ich für eine Pressemeldung, die natürlich hier kommentiert werden müßte.

Knipschild (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident, daß Sie die auch von mir etwas ironisch gemeinten Zitate noch mit einer weiteren bemerkenswerten Überschrift anreichern.

- (B) Presseberichte und Kommentare müssen natürlich nicht die Meßlatte für politische Entscheidungen sein. Trotzdem macht die geschlossene Ablehnung dieses Gesetzentwurfs nachdenklich und bestürzt zugleich. Ich hoffe sehr, Herr Kollege Gorlas und meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, daß es nach der heutigen ersten Beratung und der Überweisung an den Fachausschuß möglich sein wird, eine vernünftige und sachgerechte Lösung der zweifellos vorhandenen Probleme zu erreichen. Als ersten Einstieg in eine sachgerechte und vernunftorientierte Problemlösung möchte ich folgendes zu bedenken geben:

Es ist richtig - und für diesen Bereich stellen wir unsere Mitwirkung und Zustimmung auch ausdrücklich in Aussicht -, daß für die Erstaufforstungen gewerblicher Baumschulen der bisher völlig fehlende gesetzliche Regelungstatbestand geschaffen werden sollte. In den Mittelgebirgsregionen unseres Landes, besonders aber in den von Ihnen zitierten Kreisen, Herr Gorlas, bahnt sich tatsächlich eine Entwicklung an - wenngleich sie heute in

dieser schlimmen Art und Weise noch nicht vorhanden ist; aber sie bahnt sich an -, die schon in wenigen Jahren das Landschaftsbild stark zu seinem Nachteil verändern wird. Verursacher hierfür sind die bisher genehmigungsfreien Aufforstungen der gewerblichen Baumschulen. Ich glaube, bis dahin stimmen wir auch überein.

Diese Baumschulen neuer Art betreiben eben nicht ihre klassische Aufgabe, nämlich das Züchten und die Heranziehung von Forstpflanzen, sondern sie sind in aller Regel dazu gegründet oder haben das Gewerbe ausdrücklich zu dem Zweck angemeldet, Weihnachtsbäume anpflanzen, verkaufen und handeln zu können. Aber diese Betriebe dann gleich als Weihnachtsbaum- bzw. Pachthaie zu beschimpfen, wie das in den Medien leider Gottes sehr massiv geschehen ist - Sie haben das Gott sei Dank nicht getan; ich habe sehr wohl darauf geachtet -, halte ich nicht für angemessen, weil ihr Geschäft letztlich auch harte Arbeit ist und letztendlich legal vonstatten geht. Diese Beschimpfung ist auch der Sache nicht dienlich und für eine Lösung nicht hilfreich. Insofern, Herr Kollege Gorlas, ist also die Gesetzeslücke zu beseitigen - wir sind dabei -, und ich unterstelle auch, daß bei einer vernünftigen Regelung sogar die Betroffenen zustimmen werden.

Was aber macht nun die SPD-Fraktion aus dieser Gesetzeslücke? Sie fährt mit der geballten Wucht ihrer durch die parlamentarische Mehrheit abgesicherten Reglementierungswut durch die Gegend und überzieht auch die bisher schon zur Zufriedenheit aller Beteiligten geregelten Tatbestände einer Änderung und Verschärfung, so daß hinterher nur Verlierer auf der Strecke bleiben werden.

Hauptverlierer werden unsere Land- und Forstwirte sein, für die Weihnachtsbäume ja letztendlich auch ein guter und sinnvoller Nebenerwerb sind. Ich hoffe, Herr Kollege Gorlas, Ihnen ist nicht unbekannt, daß wir heute immerhin noch einen Fehlbedarf von rund 2 Millionen Weihnachtsbäumen in unserem Land Nordrhein-Westfalen haben, der alljährlich durch Importe aus Dänemark abgedeckt wird.

Unsere Landwirte haben bisher ihre beabsichtigten Aufforstungen treu und brav - so kann man das, glaube ich, bezeichnen - bei ihren Forstbehörden angemeldet und bekamen diese zu 95 % im Einvernehmen mit den Landschaftsbehörden auch genehmigt. Nach der von Ihnen eingebrachten Regelung wird jedes Pflanzen von Weihnachtsbäumen nun als Eingriff in die Landschaft und den Natur-

(C)

(D)

(Knipschild (CDU))

- (A) haushalt bewertet. Wie und wo Sie zwischen Größenordnungen von zehn oder zwanzig Hektar, die Sie, Herr Gorlas, hier beispielhaft genannt haben, und kleinen Flächen - von mir aus unter einem Hektar - unterscheiden wollen, dazu sagen Sie in Ihrem Gesetzentwurf kein Wort. Sie behaupten verbal, daß man dies ausgenommen sehen will. Aber im Gesetzentwurf sagen Sie dazu keine einzige Silbe. Mindestens das wäre da noch nachzutragen.

Ein zweiter Verlierer sind unsere Forstbehörden, die mit hoher Fachkompetenz und mit großer Nähe zu den Land- und Forstwirten bisher gleichzeitig hoheitlich und beratend gegenüber der Land- und Forstwirtschaft tätig waren. Warum eigentlich soll eine Behörde ihrer bisherigen Zuständigkeit beraubt werden, die sie zur vollen Zufriedenheit aller Beteiligten und zum Nutzen von Natur und Landschaft ausgefüllt hat?

(Dorn (F.D.P.): Weil die SPD da keine Mehrheit hat! Das haben wir vorhin gehört.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Fachausschuß wird hoffentlich noch die Möglichkeit gegeben sein, detailliert und konkret nach vernünftigen Kompromissen zu suchen.

- (B) Sie haben selbst noch vor einigen Wochen, Herr Gorlas, in einem sehr umfangreichen Papier die Lösung des Problems darin gesehen, daß auch die Baumschulflächen in den Waldbegriff mit aufgenommen und damit der Genehmigungspflicht unterzogen werden sollen. Einer solchen Lösung würden wir zum Beispiel vorbehaltlos zustimmen können. Wir werden sicherlich Gelegenheit haben, dieses Papier einmal zu vergleichen, wenn Sie jetzt den Kopf schütteln. Dieses Papier haben wir in den Händen. Der Analyse stimmen wir im übrigen zu, die in diesem Papier zum Ausdruck gebracht wird.

Ein erster Kompromißvorschlag wäre also, die Genehmigungspflicht für Baumschulen bei den Forstbehörden anzusiedeln und nicht bei der unteren Landschaftsbehörde, um auch einer weiteren Bürokratisierung keinen Vorschub zu leisten, Herr Kollege Dorn.

Eine zweite Kompromißlinie, meine Damen und Herren, hat die Landesregierung selbst in ihrem Mittelgebirgsprogramm aufgezeichnet. Auch darüber wäre im Ausschuß noch zu sprechen und miteinander zu diskutieren, ob dort eine Einigungsmöglichkeit gegeben ist.

Übrigens als Nebensatz, Herr Minister Matthiesen: Ihr im Juli mit großen bomba-

stischen Begleitumständen veröffentlichtes Mittelgebirgsprogramm wartet ja bis heute sogar auf den Einstieg in eine Realisierung. Niemand weiß, ob man mit diesem Mittelgebirgsprogramm zur Zeit überhaupt etwas anfangen, etwas beginnen kann. Alle Fragen und alle Anmeldungen in dieser Hinsicht werden bei den zuständigen Behörden im Lande mit einem Kopfschütteln und einem Achselzucken beantwortet. (C)

(Mohr (CDU): Versprechungsminister!)

Eine dritte Möglichkeit, meine Damen und Herren, sehen wir in einem neuen Steuerungsinstrument für die Landschaftsentwicklung, wie es unterhalb der schwierigen und schwerfälligen Aufstellung von Landschaftsplänen im Forstamt Schmallenberg seit einem Jahr mit großem Erfolg praktiziert wird, einem sogenannten Feld-Wald-Grenzkonzept. Ich weiß, Herr Kollege Gorlas, daß Sie sich sachkundig gemacht haben. Auch hier wäre die Möglichkeit einer weiteren Vertiefung, um festzustellen, ob hier eine Einigungsmöglichkeit vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, ich fasse unseren Standpunkt zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion zusammen. Wir bejahen die Notwendigkeit zusätzlicher gesetzlicher Regelungen im Bereich der Weihnachtsbaumkulturen. Der von der SPD-Fraktion vorgelegte Gesetzentwurf wird den Erfordernissen einer vernünftigen und sachgerechten Lösung so nicht gerecht, und wir appellieren an die Mehrheitsfraktion, sich im Ausschuß einer sachorientierten Diskussion und der Suche nach gemeinsamen Lösungen nicht zu entziehen. (D)

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Meyer von der Fraktion der F.D.P.

Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gorlas, wenn Sie schon das "Wochenblatt" zitieren, dann hätte ich mir gewünscht, daß Sie auch gesagt hätten, daß da drin steht, wie viele Tannenbäume aus Dänemark eingeführt werden. Es sind, wenn ich richtig gelesen haben, 400 000.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie eine "Lex Weihnachtsbaum" hier einbringen, Weihnachtsbäume und Baumschulen als Eingriff in die Landschaft nach dem Landschaftsgesetz zu genehmigen, dann wundert mich das. Wenn das Pflanzen eines Weihnachtsbaumes ein Eingriff in die Landschaft ist, dann ist das ja auch ausgleichspflichtig. Also muß entweder

(Feyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) andernorts ein weiterer Weihnachtsbaum gepflanzt werden oder, weil Weihnachtsbaumpflanzen negativ ist, andernorts ein Weihnachtsbaum umgehackt werden. Wäre ein Steuerungsinstrument nicht auch eine Weihnachtsbaumabgabe? Das paßt doch gut zu SPD-Vorstellungen: Neidsteuer als Ergänzungsabgabe für Besserverdienende, Chemieabgabe, Energieabgabe, Abfallabgabe, Sparbuchsteuer, getarnt als Quellensteuer!

Meine Damen und Herren von der SPD, wir sind ja mit Ihnen einig, politisches Dauergrün vermeiden zu wollen. Allerdings reicht es uns nicht, ästhetische Gesichtspunkte als Beurteilungskriterium heranzuziehen. Die von Ihnen angestrebte Genehmigungspflicht bei den unteren Landschaftsbehörden, also bei den Kreisen, bedeutet Gefahr. Je nach politischer Mehrheit in den Kreisen werden dann nur noch Rotbuchen oder Schwarzerlen gepflanzt; wenig Chancen für die aufrechte Blautanne!

Wenn schon ästhetische Gesichtspunkte ein Beurteilungskriterium für Baumschulen und die Anpflanzung von Weihnachtsbäumen sind, welche Konsequenz hat das dann zum Beispiel für das Ruhrgebiet? Welche Bereiche müssen dort aus ästhetischen Gesichtspunkten saniert werden? Was geschieht mit der Siedlung der Neuen Heimat, zum Beispiel in Köln-Chorweiler?

(Minister Matthiesen: Was hat die Neue Heimat mit Baumanpflanzungen zu tun?)

- (B) - Ich verstehe, daß Sie die Neue Heimat bereinigt haben wollen, aber doch nicht über das Landschaftsgesetz! Außerdem: Wie hoch sollen die Ausgleichsleistungen für die Eingriffe besonderer Art sein, die die Neue Heimat getätigt hat? Kommen Sie dann wieder mit 14 Millionen aus?

Meine Damen und Herren, ästhetische Gesichtspunkte als Beurteilungskriterium in die Hand von Behörden zu legen, damit kann ich mich gar nicht anfreunden. Der historische Domplatz zu Münster ist ein Schmuckstück; das Dienstgebäude des Regierungspräsidenten in Münster ist ein markanter Kontrapunkt, ein typischer Würfel aus der Zeit des Betonikums, sprich: Beton-ikums. Ich sage dazu nur: amtliche Ästhetik!

Wir alle beklagen Waldschäden. Wir fordern an vielen Stellen zu Recht Ersatzaufforstungen. Jetzt das Anpflanzen von Weihnachtsbäumen und das Einrichten von Baumschulen von vornherein als Eingriff in die Landschaft darzustellen, das geht zu weit.

Jede menschliche Handlungsweise ist ein Eingriff. Die Produktion von Nahrungsmitteln und von Industriegütern geht immer zu Lasten von Wildkräutern. Gerade in Mittelgebirgslagen und bei Grenzertragsböden muß es dem Landwirt doch möglich sein, durch forstwirtschaftliche Maßnahmen Einkommen zu erwirtschaften.

Soll der Landwirt mit der Genehmigungspflicht von Baumschulen und Weihnachtsbaumanpflanzungen dem Mittelgebirgsprogramm zugetrieben werden? Sollen Widerstände gegen eventuell geplante Naturschutzüberlegungen im Keim erstickt werden? Das kann doch alles nicht wahr sein!

Oder soll dieser Antrag die SPD-Vorstellung zur Aufhebung der Landwirtschaftsklausel einläuten? Sie kennen unsere Position dazu. Die Landwirtschaftsklausel - von Bundesminister Ertl eingeführt - soll erhalten bleiben. Sie muß nur nach neuesten Erkenntnissen interpretiert werden. Sie muß inhaltlich die Belastbarkeit des Naturhaushaltes berücksichtigen.

Meine Damen und Herren! Ihr Weihnachtsbaum-antrag steht zur falschen Zeit unter dem falschen Motto. Wer zur Weihnachtszeit das Landschaftsgesetz gegen Weihnachtsbäume mißbraucht, das können nur Weihnachtsmänner sein!

(Zustimmung und Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Tatsache ist, daß durch eine zumindest großflächige Verflechtung eine ökologische Verarmung eintreten kann. Ich verkenne auch nicht, daß durch eine großflächige Aufforstung durchaus eine Umgestaltung des Erscheinungsbildes der Landschaft erfolgen kann. Es kann aber auch durchaus sinnvoll sein, landwirtschaftliche Betriebsflächen - zumindest zeitlich begrenzt - aus der Produktion herauszunehmen. Diese Flächen könnten dann als Baumschule oder als Weihnachtsbaumkultur zeitweise genutzt werden.

(Westermann (SPD): Keine Ahnung!)

- Aufforstungen im Sinne von Arrondierungen, Herr Westermann, können durchaus sinnvoll sein. Aufforstungen können auch zu einer ökologischen Bereicherung führen. Aufforstungen können das Erscheinungsbild der Landschaft positiv im Sinne einer Bereicherung beeinflussen.

Es gibt also durchaus Argumente gegen Aufforstungen, aber auch durchaus Argumente dafür. Dies muß gegeneinander abgewogen

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.))

- (A) werden. Für die F.D.P. ist die Leitlinie klar: Jede Aufforstung, jede Einrichtung einer Baumschule genehmigungspflichtig zu machen, das hieße, die Beamten der unteren Landschaftsbehörde zu Weihnachtsmännern zu machen.

(Zustimmung bei der F.D.P.)

Vor lauter Weihnachtsbäumen sehen Sie den Wald nicht mehr!

Nach meinen Erkenntnissen ist der Arbeitsanfall gerade bei den unteren Landschaftsbehörden so groß, daß sie nicht noch zusätzlich belastet werden sollten.

Ich glaube, es ist durchaus sinnvoll, die Einrichtung von Baumschulen dann genehmigungspflichtig zu machen, wenn sie großflächig erfolgen soll. Unter großflächig verstehe ich zum Beispiel eine Größe von 25 Hektar, das sind bekanntlich 500 mal 500 Meter. Ob diese Genehmigung allerdings über das Landschaftsgesetz erfolgen sollte, halte ich für mehr als zweifelhaft.

Ist da nicht das Landesforstgesetz das richtige Instrumentarium? Es geht doch letztlich um forstwirtschaftliche Maßnahmen. Mit § 41 Landesforstgesetz ist sichergestellt, daß die Belange der Allgemeinheit mit den wirtschaftlichen Interessen des Besitzers abgewogen werden müssen. Entscheidungskriterium ist, welche Nutzungsart auf Dauer für das Gemeinwohl von größerer Bedeutung ist. Ich meine also, wenn es überhaupt zu einer Regelung kommen muß, dann ist das Landesforstgesetz und nicht das Landschaftsgesetz die richtige Beurteilungsgrundlage.

(B)

Wir wollen die wohl von der SPD beabsichtigte Abschaffung der Landwirtschaftsklausel verhindern. Wir wollen die Landwirtschaftsklausel erhalten. Wir verstehen diese Landwirtschaftsklausel nach dem Motto "unter Berücksichtigung der Belastbarkeit des Naturhaushalts".

Wir sind dagegen, jede Aufforstung von Weihnachtsbäumen genehmigungspflichtig zu machen. Das führt zu einem nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand. Die Effizienz ist fraglich.

Große Baumschulen genehmigungspflichtig zu machen, darüber kann man reden. Ästhetische Gesichtspunkte als Beurteilungskriterium heranzuziehen, das halte ich für gefährlich. Widerspruchsverfahren in Massen werden die zuständigen Behörden beschäftigen. Dabei sind andere Arbeiten doch wohl wichtiger.

Klarheit ist Wahrheit: Große Baumschulen genehmigungspflichtig machen, gegebenenfalls das Landesforstgesetz modifizieren, das ist die Grundlage der F.D.P. für die Diskussion im Ausschuß. Lassen Sie uns unsere problemlosen Weihnachtsbäume!

(C)

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Riemer: Ich erteile das Wort Herrn Abg. Heidtmann von der Fraktion der SPD.

Heidtmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, das Thema Weihnachtsbaumkulturen ist ganz interessant, und wir sollten uns noch ein paar Augenblicke damit beschäftigen. Ich bin eigentlich, Herr Knipschild, sehr froh, daß sich, was Ihren Beitrag anbetrifft, Ansätze eines gemeinsamen Handelns gezeigt haben. Ich bin allerdings auch ein bißchen erstaunt darüber, daß Sie so moderat die das Sauerland sehr stark beeinträchtigenden Großunternehmer oder Großverdiener oder Haie - ich möchte sie wirklich beim Namen nennen - in Schutz nehmen. Ich verstehe das nicht, wo sie die Probleme des Sauerlandes kennen - kennen müßten.

Ich verweise auf § 4 Landschaftsgesetz:

Eingriffe in Natur und Landschaft im Sinne dieses Gesetzes sind Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts oder das Landschaftsbild erheblich oder nachhaltig beeinträchtigen können.

(D)

Sie wollen doch wohl nicht bestreiten, daß hier - ob nun von den "Haien" oder auch von anderen - die Landschaft des Sauerlandes erheblich beeinträchtigt wird. Wollen Sie, so frage ich, das alles in Kauf nehmen? Ich denke, daß wir darüber sehr gründlich werden nachdenken müssen und daß Sie nicht einfach auf der einen Seite die Großunternehmer und auf der anderen Seite die Kleinen auseinanderdividieren können. Darum geht es nicht. Es geht um die Frage: Wieweit wird hierdurch eine Landschaft so verändert, daß nichts mehr von ihrer Eigenart übrigbleibt?

Herr Meyer, Sie haben einen "fröhlichen" und belustigenden Beitrag geliefert. Ich schätze Sie sehr, möchte Sie aber doch ernsthaft fragen, ob Sie überhaupt einmal im Sauerland gewesen sind und sich vor Ort über das Problem, das uns im Augenblick beschäftigt, informiert haben. Ich habe berechnete Zweifel.

Und auch, was Herr Ruppert heute in der Presse von sich gegeben hat, beweist mir,

(Heidtmann (SPD))

- (A) daß er von Tuten und Blasen keine Ahnung hat, was diesen Tatbestand anbetrifft.

(Zustimmung bei der SPD)

Es wird sehr viel von Umwelt- und Landschaftsschutz geredet. Das ist auch gut so - wir haben es heute an einigen Stellen gehört. Man kann aber nicht immer nur den Mund spitzen, sondern man muß dann auch einmal pfeifen und Farbe bekennen. Ich denke, das sollten wir hier tun.

Lassen Sie mich noch einmal in einem kurzen Abriß deutlich machen, worum es uns eigentlich geht. Es geht hier um folgendes:

Wer den Hochsauerlandkreis kennt, muß mit Erschrecken feststellen, daß hier eine Entwicklung im Gange ist, die sich in hohem Maße schädlich auf Mensch und Landschaft auswirken wird und sich auch schon ausgewirkt hat. Auch in anderen Regionen des Mittelgebirges zeichnen sich ähnliche Tendenzen ab, z.B. im Oberbergischen, das ich aus eigener Anschauung gut kenne, zwar noch nicht so erschreckend, aber tendenziell im jeden Fall auch. Diese zunehmende und um sich greifende Aufforstung bisher landwirtschaftlich genutzter Flächen mit Fichten bedeutet eine große Gefahr für Ökologie und Agrarstruktur und für die Existenz zahlreicher Landwirte wie auch für den Erholungswert der Landschaft, in diesem Falle des Sauerlandes. Es ist also nicht so, meine Damen und Herren, als hätten wir uns plötzlich etwas einfallen lassen.

(Meyer (Westerkappeln) (F.D.P.): Wir müssen doch eigene Weihnachtsbäume anpflanzen! 400 000 Weihnachtsbäume aus Dänemark!)

- Wer kann eigene Weihnachtsbäume anpflanzen? Lassen Sie mich einmal zu Ende reden; ich werde schon zeigen, daß hiermit nicht etwa die Weihnachtsbaumanpflanzungen generell verboten werden sollen. Natürlich feiern wir alle gerne Weihnachten, und ich persönlich hätte auch gerne einen Weihnachtsbaum auf dem Tisch stehen.

(Stump (CDU): Sie wollen doch nur den Leuten den Weihnachtsbaum nehmen!)

Wir haben uns also nicht plötzlich etwas einfallen lassen, sondern der überwiegende Teil der Fachleute - da können Sie zitieren, was Sie wollen - auf den Gebieten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie des Forstwesens haben immer drängender eine gesetzliche Regelung gefordert, mit der sich diese wirklich schädliche und unerwünschte Entwicklung eindämmen läßt. Daran führt kein Weg vorbei.

Meine Damen und Herren, wir meinen mit dem vorgelegten Gesetzentwurf einen vernünftigen Weg aufzuzeigen, wie man die Anpflanzung von Weihnachtsbäumen in geordnete Bahnen lenken und auf ein akzeptables Maß beschränken kann. Dabei soll das traditionelle Weihnachtsbaumgeschäft, Herr Meyer, das seit vielen Jahren für forst- und landwirtschaftliche Betriebe ein wichtiger Nebenerwerb war, nicht unterbunden werden, wie fälschlicherweise immer wieder behauptet wird.

Auch gegen sinnvolle Aufforstungen im wirklichen Sinne dieses Begriffes wendet sich niemand. Sie wissen, was im Jahre 1985 im Hochsauerlandkreis an Aufforstungen, die genehmigt worden sind, stattgefunden hat. Aber wir wenden uns gegen den Mißbrauch des Waldbegriffes, demzufolge alles "Wald" ist, wo Bäume wachsen, gleichgültig wo, und mit dessen willkürlicher Handhabung wertvolle Kulturlandschaften sozusagen aus dem Verkehr gezogen werden und der mangels klarer gesetzlicher Grundlagen dazu benutzt wird, Gewinne in beträchtlicher Höhe zu erzielen. Aber dazu ist bereits von Herrn Gorlas im Zusammenhang mit den überhöhten Pachtzinsen einiges gesagt worden; ich will mir das ersparen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese sogenannten Baumschulen, von denen vorhin hier gesprochen worden ist, die nichts anderes sind als verkappte Weihnachtsbaumkulturen, konnten, auch wenn sie bisher unter bestimmten Voraussetzungen bereits als ein Eingriff in Natur und Landschaft im Sinne des Landschaftsgesetzes betrachtet wurden, dennoch nicht im Vorfeld verhindert oder mit Auflagen bedacht werden, eben wegen dieser fehlenden gesetzlichen Grundlagen.

Etwas zu korrigieren oder zu reparieren, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, ist, wenn überhaupt, nur unter schwierigsten Bedingungen möglich. Mit der neuen Regelung aber, wie wir sie vorsehen

(Abg. Paus (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Augenblick, Herr Paus -, wird für alle bisher genehmigungsfreien Baumschulen eine Genehmigungspflicht eingeführt, die es gestattet, bereits vor der Ausführung des Vorhabens in eine Prüfung darüber einzusteigen, ob der Naturhaushalt oder das Landschaftsbild beeinträchtigt werden kann oder ob andere öffentliche Belange entgegenstehen.

(A) Präsident Denzer: Herr Abgeordneter! Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Paus?

(Heidtmann (SPD): Ja, sofort, wenn ich diesen Abschnitt eben zu Ende vortragen kann.)

- Selbstverständlich!

Heidtmann (SPD): Das Vorhaben kann bereits dann untersagt werden, wenn der Unternehmer mit seiner Durchführung noch nicht begonnen und somit auch noch keine Investitionen getätigt hat. Dieses Verfahren ist damit, wie ich finde, für alle Beteiligten überschaubarer und trägt auch dazu bei, das finanzielle Risiko wägbarer zu machen. - Bitte schön!

Präsident Denzer: Herr Abg. Paus, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage.

Paus (CDU): Herr Kollege, können Sie einem Unkundigen, der sich mit landwirtschaftlichen Dingen nicht auskennt, einmal erklären, weshalb das eine Benachteiligung der Umwelt sein soll, wenn auf einer Fläche nicht mehr Mais wächst

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

oder Hafer oder ähnliches, das jährlich abgeerntet wird, sondern statt dessen für zehn oder elf Jahre - ich weiß nicht, wie lange - auf dieser Fläche Fichten stehen, die dann abgeerntet werden?

(B)

Heidtmann (SPD): Herr Paus, wenn Sie Mais erwähnen, wird es schon kritisch. Dazu könnten wir jetzt einiges sagen. Aber ich werde auf diesen Punkt zurückkommen und Ihnen noch einmal beweisen, wieso das schädlich ist und wieso wir uns eigentlich gemeinsam gegen diese Entwicklung wenden sollten.

(Zustimmung bei der SPD - Kruse (CDU): Erklären Sie es doch mal!)

Vielleicht können Sie dann auch als Nicht-sachkundiger daraus noch einiges lernen.

Meine Damen und Herren, wenn ich das Wort "Unternehmer" verwende, so deshalb, weil sich unsere Initiative eben nicht gegen die kleinen Land- oder Forstwirte richtet, sondern gegen diesen Großproduzenten, die zumeist ortsfremd sind und die ein lukratives Geschäft durch Herauspachten oder Herauskaufen besonders interessanter Flächen betreiben und so zur weiteren Verflechtung, aber auch zu einer schweren Krise der Agrar- und Siedlungsstruktur beitragen.

Ob solchen Großunternehmern - Herr Knipschild, ich frage das einmal - auch nur im Entferntesten klar ist und ob sie auch nur im Entferntesten stört, was z.B. der Hochsauerlandkreis, seine Landschaft und Menschen an Einbußen zu erleiden, welchen Preis sie dafür zu zahlen haben? Ich glaube das nicht.

(C)

Abgesehen davon, daß der massive Konkurrenzdruck der "Weihnachtsbaumhaie" bereits den sozialen Frieden - das wissen Sie auch - in den Dörfern erheblich stört, fallen vor allem andere Dinge negativ ins Gewicht, denen wir gegensteuern müssen. Ich will sie noch einmal aufzählen, Herr Paus:

Vernichtung von Kulturfläche - das allein ist schon ein "Wert" an sich.

(Zuruf des Abg. Paus (CDU))

Flächen mit ihrem Fichtenbestand werden so intensiv gespritzt, daß die Böden degenerieren und daß sie nach 20 Jahren weder für landwirtschaftliche noch für forstwirtschaftliche Nutzung wieder zu benutzen sind.

(Widerspruch des Abg. Kruse (CDU)
- Paus (CDU): Ist das denn wahr?)

- Das wird Ihnen jeder Fachmann bestätigen. - Ebenso, Herr Paus, kommt es zu erheblichen Beeinträchtigungen des Grundwassers und zur Vernichtung des Bodens durch den Verkauf von Blautannenkulturen mit Ballen, was ja bedeutet, daß hier, wenn man die Niederschlagsverhältnisse in diesem Bereich kennt, der Erosion des Bodens erheblich Vorschub geleistet wird.

(D)

Für besonders schlimm halten wir auch noch die rigorose Heranführung dieser Waldflächen bis an die Ortskerne und die Siedlungspunkte der Landschaft heran. Die Schönheit einer Erholungslandschaft wie der des Sauerlandes verträgt keine unbegrenzte Bewaldung. Das muß jeder wissen, der sich dort ein bißchen umgeschaut hat, zumal nicht bis in die Talgründe hinein und bis an die Siedlungen heran. Gerade der sinnvolle und gewachsene Wandel von Wald und Feld bestimmt den Erholungswert der Landschaft. Die weitere "Verdunkelung" des Sauerlandes und anderer Regionen durch willkürlich und massiert angeordnete Weihnachtsbaumplantagen macht diese Landschaft steril, unattraktiv und in ihrer Monokultur für jeden Fremdenverkehr abstoßend. Das sollten sich alle diejenigen, die es gut mit dem Sauerland meinen, auch einmal vor Augen halten.

Meine Damen und Herren, ich betone nochmals: Wir haben nichts gegen eine Auf-

(Heidtmann (SPD))

- (A) forstung von Flächen, die aus der landwirtschaftlichen Produktion herausgefallen sind, dort, wo es möglich und sinnvoll ist. Wir haben auch nichts gegen die Anlage von Baumschulen, Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen dort, wo sie möglich sind und auch landschaftlich hinpassen. Wir haben aber enorm viel dagegen, wenn die Landschaft weiter planlos und sinnlos mit solchen Anlagen verschandelt wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir halten es von der Sache her für richtig, daß über die Genehmigung dieser Kulturen die untere Landschaftsbehörde entscheidet, weil vom Ansatz unseres Antrags her die forstgesetzlichen Regelungen keineswegs ausreichen, diese Verschandelung der Landschaft zu verhindern. Im Gegenteil, in aller Regel haben bisher wohl betriebswirtschaftliche Gründe eher den Vorrang vor solchen der Ökologie und des Fremdenverkehrs erhalten.

Da die Änderung des Landesforstgesetzes jedoch eine Novellierung des entsprechenden Bundesgesetzes voraussetzt, ist unser Antrag die gesetzestechisch beste Möglichkeit, unter den gegebenen Bedingungen auf den Notstand schnell zu reagieren und landschaftliche sowie ökologische Gesichtspunkte zu einem wesentlichen Versagungsgrund für die Anlage von Weihnachtsbaumschulen und großflächigen Kulturen an falscher Stelle zu machen.

- (B) Wenn Sie, meine Damen und Herren von der CDU und andere, wiederum das Schreckgespenst des Staates, Reglementierungszwänge, Einschränkung der persönlichen Freiheit an die Wand malen und von neuen Paragraphen reden - mich wundert überhaupt nur, daß Sie uns hier und heute nicht unterstellen, daß wir auf diesem Wege klammheimlich noch das Weihnachtsfest abschaffen wollen -,

(Nagel (CDU): Das trauen wir euch alles zu.)

so lenken Sie damit von dem eigentlichen und brennenden Problem ab, das Sie genauso erkennen müßten wie wir.

Ich hatte soeben Gelegenheit, mit ein paar Freunden aus dem Hochsauerlandkreis zu sprechen. Lassen Sie mich das einfügen, Herr Knipschild. Was sich dort jetzt angesichts der Tatsache, daß hier ein Gesetz zu erwarten ist, abspielt, das müßte Sie in der Tat erschrecken. Da wird rigoros jede Fläche, die sich auch nur anbietet, von diesen Leuten - nicht von den kleinen - jetzt für die anschließende Anpflanzung von Weihnachtsbäu-

men vorbereitet. Das ist, denke ich, doch eine Entwicklung, die unbedingt gestoppt werden muß. Das geht ganz eindeutig bis in die Talauen hinein.

Viele Flächen - das möchte ich auch noch sagen -, die genehmigungspflichtig sind, werden ebenfalls besetzt, und zwar mit dem Hintergedanken: Ach, wir versuchen das einfach und wollen mal sehen, wenn da Weihnachtsbäume stehen, was sie dann machen werden, wenn das Gesetz in Kraft ist. - Ich meine, so darf man hier nicht verfahren!

Ich möchte zum Schluß noch einmal betonen: Der vorliegende Gesetzentwurf ist nicht konzipiert worden, um bedrohte Existenzen und kleine Land- und Forstwirte sozusagen zu vernichten. Im Gegenteil! In Kenntnis des vom Umweltminister aufgelegten Mittelgebirgsprogramms, das Sie eben erwähnt haben - und von dem Sie sagten, es griffe nicht und es sei noch gar nicht zu nutzen -, das von meiner Fraktion massiv unterstützt worden ist, konnten wir uns ohne Bedenken dazu entschließen, in diesem Fall der Ökologie den Vorrang einzuräumen. Im Rahmen dieses Programms, das auch unter dem Namen "Schutzprogramm für die Wiesentäler - Hilfe für die bäuerlichen Betriebe" läuft, werden nämlich den in ihrer Existenz bedrohten Landwirten vielfache Hilfen gewährt; ich will das hier nicht wiederholen.

Jedenfalls ist das wirkliche Hilfe - ich komme sofort zum Schluß -, und nicht vordergründiges oder lautstarkes Lamentieren aus leicht durchschaubaren politischen Motiven heraus, wie man es manchmal aus dem herauszuhören glaubt, was Sie hier vortragen.

Fragen Sie doch einmal die kleinen Land- und Forstwirte, was sie dabei verdienen wollen, wenn sie selbst die Weihnachtsbäume nach Mallorca oder in den Vorderen Orient transportieren sollen! Sollen sie sich aber andererseits so von den Pachthaiern ausbeuten lassen, daß sie lediglich die Almosen empfangen, die von der Reichen Tische fallen, nachdem diese unerhörte Gewinne gemacht und die Landschaft, in der die Landwirte und die Forstwirte ja weiter existieren und leben wollen, rigoros vernichtet und verschandelt haben mit all den Folgen, die ich aufzuzeigen versuchte?

Meine Damen und Herren, ich denke, wir müssen uns im Sinne der in den Mittelgebirgsregionen lebenden, wirtschaftenden und verdienenden Menschen sehr ernsthaft mit diesem Problem, das manche vielleicht als etwas nebensächlich oder unwichtig betrachten, beschäftigen; denn es geht in der Tat

(C)

(D)

(Heidtmann (SPD))

- (A) um den Ausverkauf einer Landschaft. Das wollen und müssen wir gemeinsam, Herr Knipschild und meine Kollegen von der CDU, in den Griff bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. Für die Landesregierung hat Herr Minister Matthiesen das Wort.

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kein Geringerer als Wilhelm Engelbertz - allseits geachteter Kammerpräsident und gleichzeitig Kreislandwirt im sauerländischen Olpe -

(Nagel (CDU): Bravo!)

machte eine Besichtigungsreise und war entsetzt. Er erläuterte während einer Besichtigungsfahrt seines Kreisstellenbeirates, wie es zu seinem Entsetzen kommen konnte. Das wird wie folgt beschrieben:

Der Eigentümer der 10 ha großen Flächen mußte aus gesundheitlichen Gründen die Bewirtschaftung seines Landes vorübergehend aufgeben. Erst in rund 10 Jahren soll ein Nachfolger den Hof übernehmen. Geld war knapp. Landverkauf kam nicht in Frage. Also sah man sich nach einem Pächter um. Als besonders zahlungskräftig erwies sich ein Interessent, der eine Weihnachtsbaumkultur anlegen wollte, und der bekam die Fläche auch. Ein landwirtschaftlicher Vollerwerbsbetrieb, der das Land als Acker nutzen wollte, ging leer aus, weil er keine ähnlich hohe Pacht, nämlich rund 800 DM pro Hektar, aufbringen konnte. Jetzt wächst der Wald weiter ins Tal, zum Ärger der landwirtschaftlichen Behörden, der Forstverwaltung und vieler Bauern, aber keiner konnte es verhindern.

Dabei sind Erstaufforstungen - alles noch Berichtszeit - , und dazu gehören auch Weihnachtsbaumkulturen, immer genehmigungspflichtig nach dem Landesforstgesetz. Die Genehmigung ist in diesem besonderen Fall auch prompt versagt worden. Dann aber bediente sich der Pächter eines Tricks. Er verwandelte sich kurzerhand in einen gewerbsmäßigen Baumschulinhaber und ist nun wie ein Gartenbaubetrieb von der Genehmigungspflicht befreit. Baumschulen gelten nämlich nicht als Wald.

Wäre das ein Einzelfall, so der Bericht über Engelbertz' Besuch, würde kein Mensch ein Wort darüber verlieren. Im Sauerland aber wird dieses Vorgehen immer mehr zum

System. Weil Weihnachtsbäume ähnlich hohe Deckungsbeiträge bringen können wie anderswo Zuckerrüben, sind gewiefte Baumpfrosch längst dabei, überall soviel Land wie möglich zuzupachten, um dort, als Baumschulen getarnt, Weihnachtsbaumkulturen anzulegen.

(C)

Das ist eine, wie ich finde, zutreffende, klassische und von Wilhelm Engelbertz als seriösem Repräsentanten des landwirtschaftlichen Berufsstandes beschriebene Lage. Wenn daraus die SPD-Fraktion gesetzestechnisch die Konsequenz zieht, dann tut sie etwas zum Wohle der Landwirtschaft und zum Wohle der Natur in den betroffenen Mittelgebirgsregionen,

(Beifall bei der SPD)

dann tut sie es in Übereinstimmung mit den seriösen Repräsentanten des landwirtschaftlichen Berufsstandes, und dann tut sie es in Übereinstimmung mit dem Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen.

(Nagel (CDU): Der auch seriös ist.)

- So dämlich bin ich ja nicht. Aber durch das Weglassen war ja der Schluß, den Sie gezogen haben, daß es sich bei mir um einen seriösen Minister handelt, nicht nur zutreffend, sondern auch zwingend, verehrter Herr Kollege.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD
- Nagel (CDU): Ein Schlitzohr! - Zuruf des Abg. Meyer (Westerkappeln)
(F.D.P.))

(D)

- Friedel Meyer, nicht so! Bei Ihnen muß ich fragen - wir kennen uns ja lange und freundschaftlich -: Schreiben Sie sich so etwas selbst auf, oder wird Ihnen das aufgeschrieben?

(Heiterkeit bei der SPD - Zuruf von der CDU: Sie sprachen von Seriosität, Herr Minister!)

Nein, bitte, bei aller Freude auch an lustigen Bemerkungen: Sie können mir nun wirklich nicht erklären, daß der Vergleich Neue Heimat und Weihnachtsbaumkulturen im Sauerland noch irgendwo einen seriösen Zusammenhang hat. Nirgendwo!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD
- Nagel (CDU): Und ihm schreibt das der Engelbertz auf! - Weitere Zurufe von der CDU)

(A) Präsident Denzer: Herr Minister!

(Minister Matthiesen: Mit dem größten Vergnügen, Herr Präsident.)

Sie gestatten ein paar Zwischenfragen?

(Minister Matthiesen: Jeder, der will, Jeder, der will!)

- Herr Abg. Ruppert von der Fraktion der F.D.P., und ihm folgt Herr Abg. Knipschild von der Fraktion der CDU -. Ich darf Sie, verehrte Kollegen, an dieser Stelle darauf aufmerksam machen: Wir sind inzwischen dabei, den Zeitgewinn aus der Zeittabelle von 13 Minuten zu verfrühstücken. Es bleibt bei 22.30 Uhr für das Ende dieser Sitzung.
- Herr Kollege Ruppert, Sie haben das Wort.
- Herr Kollege Meyer ist in der Reihenfolge selbstverständlich dann noch nach Herrn Knipschild an der Reihe.

Ruppert (F.D.P.): Herr Minister, schreiben Sie denn alles selbst auf, was Sie hier sagen? Das war die erste Frage.

(Minister Matthiesen: Nein, aber ich halte auch nicht solche Reden.)

Zweite Frage: Ist eigentlich mein Eindruck richtig, daß das hier heute für die SPD-Fraktion offenbar das wichtigste ökologische Problem ist - das mit den Tannenbäumen?

(B) Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Nein, aber der Eindruck ist sicherlich richtig, daß es sich bei der Lösung dieses Problems um eine Sache handelt, die viele Menschen im Sauerland und in den anderen Mittelgebirgsregionen interessiert und betrifft.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es schon gut - wenn ich mir das gestatten darf; das ist ja heute für mich ein Premierentag -, daß der Landtag sich so mit gebührendem Ernst der Themen ländlicher Räume, Landwirtschaft, Naturschutz annimmt. Denn er beschäftigt sich sonst auch mit einer Vielfalt anderer Themen. Ich darf das einmal so sagen, ohne daß damit eine Kritik verbunden sein soll.

(Beifall bei der SPD)

Im übrigen füge ich hinzu: Die Kollegen aus dem Bereich Landwirtschaft werden mir zugeben, daß unsere Themen häufig genug in den Hintergrund fallen.

Präsident Denzer: Der nächste Fragesteller verzichtet. - Herr Minister, fahren Sie bitte fort!

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Ich wollte sagen, Herr Präsident, unsere Themen fallen häufig genug in Tageszeiten, wenn die oberen Ränge schon geräumt sind.

(Nagel (CDU): Kerzen anmachen!)

Ich finde es schon richtig, daß Themen der Landwirtschaft und des Naturschutzes hier in diesem Landtag eine gebührende Rolle spielen.

Präsident Denzer: Würden Sie jetzt die Frage des Herrn Abg. Knipschild, eines sauerländischen Abgeordneten, gestatten?

(Knipschild (CDU): Ich verzichte.)

- Eine großartige Tat! Dann hat Herr Abg. Meyer das Wort; bitte sehr!

Meyer (Westernkappeln) (F.D.P.): Danke schön, Herr Präsident. - Herr Minister, wenn das wirklich nur so ein kleines Gebiet ist, was dort von angeblichen Haien überfallen wird, muß man deshalb gleich das ganze Land vergewaltigen? Und was die Neue Heimat anbelangt - es kam mir nur so vor, daß Herr Breit vielleicht der Weihnachtsmann war.

Präsident Denzer: Herr Minister, Sie haben weiterhin das Wort.

(Westermann (SPD): So klein ist das Sauerland gar nicht!)

Matthiesen, Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft: Wir sind in diesem Landtag noch nicht so weit gekommen, Gesetze zu machen, die nur für bestimmte Regionen gelten, sondern Gesetze, die wir im Lande Nordrhein-Westfalen machen, haben natürlich immer eine Gesamtwirkung auf das ganze Land. Anders kann das gar nicht sein.

(Zustimmung bei der SPD)

Deshalb ist das in Ordnung.

Ich wollte sagen: Die Landesregierung begrüßt die Initiative der SPD-Fraktion zur Änderung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes; denn die Verfichtung zahlreicher Mittelgebirgsregionen, allen voran des Sauerlandes, hat in jüngster Zeit erschreckende und bedrohliche Ausmaße angenommen. So wurden allein im Jahre 1985 im Hochsauerlandkreis rund 200 Hektar Erstaufforstungen genehmigt. Davon bildeten rund 180 Hektar Weihnachtsbaumkulturen. Dazu kommen - ebenfalls im Jahr 1985 - allein im Hochsauerlandkreis bisher nicht genehmigungspflichtige Baumschulen auf einer Fläche von weiteren mindestens 200 Hektar.

(C)**(D)**

(Minister Matthiesen)

- (A) Ein Ende dieser Entwicklung, meine Damen und Herren, ist nicht abzusehen. Man muß sogar befürchten, daß sich diese Tendenz in der näheren Zukunft verstärkt fortsetzen wird. Nach einer Prognose der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe in Münster wird in den Mittelgebirgslagen mit einem Rückgang von mehr als 10 % der heute landwirtschaftlich genutzten Flächen gerechnet. Diese Flächen werden voraussichtlich nicht brachfallen, sondern mit Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen aufgeforstet werden. Häufig genug geschieht dies jedoch nicht durch Land- und Forstwirte, die sich durch die Anlage dieser Kulturen einen Zuerwerb verschaffen; häufig pachten gewerbliche Unternehmen überall dort, wo sie an Land kommen können, Flächen, um darauf Fichten zu pflanzen, die als sogenannte Ballenware verkauft werden.

Auch für den Laien und den Wochenendbesucher ist diese Veränderung in der Landschaft inzwischen deutlich sichtbar und erkennbar geworden, weil die Baumschulen und Weihnachtsbaumkulturen häufig in engen Wiesentälern angelegt werden oder aber die Hangwiesen hinaufkriechen. Ich verkenne nicht, daß die Anlage von Weihnachtsbaum- und Schmuckreisigkulturen für zahlreiche kleine und mittlere Landwirte nicht nur eine lohnende Möglichkeit für den Nebenerwerb bildet, sondern eine Existenznotwendigkeit darstellt. Aber natürlich muß es auch in diesen Fällen darum gehen, dort Weihnachtsbaumkulturen anzulegen, wo sie sich in das landschaftliche Gefüge der Mittelgebirgsregionen vernünftig einpassen.

(B)

Was aber unter allen Umständen verhindert werden muß - und darauf zielt der Gesetzentwurf der SPD eigentlich -, ist die unkontrollierte Anlage bisher genehmigungsfreier Baumschulen durch kapitalkräftige Unternehmen. Es geht deshalb, Herr Kollege Knipschild, nicht um einen Weihnachtsbaum-Anbaustopp, wie dies in regionalen Schlagzeilen gesagt wird; das Ziel des Gesetzentwurfs ist es vielmehr, gerade kleine und mittlere Landwirte vor unseliger Konkurrenz zu schützen und gleichzeitig die Schönheit unserer Mittelgebirgslandschaften zu erhalten.

Übrigens, Herr Kollege Knipschild: Von geschlossener Ablehnung dieser Absicht kann in den betroffenen Regionen überhaupt nicht die Rede sein.

(Westermann (SPD): Das stimmt auch gar nicht!)

Ich war neulich in Ihrem Beritt. Da habe ich natürlich große Versammlungen mit sehr viel kleinen und mittleren Bauern gehabt - die

sich im übrigen auch nicht beklagt haben, daß das Mittelgebirgsprogramm noch nicht in Kraft gesetzt ist, sondern die sich ausdrücklich dafür bedankt haben, daß die Landesregierung trotz einer angespannten Finanzlage und verfehlter europäischer Agrarpolitik ihnen solche Möglichkeiten eröffnet. Der einzige Punkt ist noch, daß die Modalitäten für die Pflegeverträge noch nicht bei den unteren Landschaftsbehörden sind, aber dies in der nächsten Zeit geschieht. - Es kann überhaupt nicht die Rede von einer geschlossenen Ablehnung sein. Wenn ich mit den kleinen und mittleren Landwirten zusammen bin und ihnen den wirklichen Sinn des Gesetzes erkläre, so, wie die Kollegen von der SPD-Fraktion dies auch hier heute dargestellt haben, empfinden die nicht nur die Regelungsbedürftigkeit, sondern empfinden diese Gesetzesinitiative als Schutz ihrer kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Existenzen, wo sie sich zum Teil mit Weihnachtsbaumkulturen ein zweites oder drittes Einkommensbein geschaffen haben.

Es kommt also darauf an, nun wirklich die großen Gewerbeunternehmen daran zu hindern. Verehrter Herr Kollege Knipschild, die Verwirrung dort in den Regionen entsteht nicht durch die wirkliche Absicht der SPD-Landtagsfraktion, sondern durch teilweise verfälschende und abenteuerliche regionale Agitation gegen die gute Absicht dieses Gesetzes.

(Zustimmung bei der SPD)

Da möge sich jeder hier im Saal selbst prüfen, wer daran beteiligt ist. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, daß wir auch Ihre regionalen Pressemeldungen zu solchen und anderen Themen nicht nur sorgfältig verfolgen und auswerten. Sie können auch sicher sein, daß sowohl SPD-Fraktion als auch SPD-Landesregierung als auch zuständiger Minister gegen diese verfälschende, verstümmelnde Agitation vorgehen werden - wenn es sein muß, verehrter Herr Kollege, durch ein bißchen mehr Repräsentanz des Ministers in Ihrem Beritt, damit die Leute von uns selbst hören, was wir wollen, und nicht immer durch Sie verfälschend den Gesetzentwurf in den Dreck gezogen kriegen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz. Wer dieser

(C)

(D)